

Gegen die «Vetternwirtschaft»

Interessenbindungen: SP-Fraktion fordert mehr Transparenz für den Grossen Gemeinderat

An einer Pressekonferenz hat die SP gestern die Interessenbindungen ihrer Fraktionsmitglieder veröffentlicht. Ihr Ziel ist es, dass auch die anderen Mitglieder des St. Galler Stadtparlamentes dies tun müssen.

MARIUS HASENBÖHLER

Die Pressekonferenz der SP im Restaurant Hintere Post wird von Gertrud Zweifel (Co-Präsidentin der städtischen SP), von Susanne Schmid (SP-Gemeinderätin) und von Roland Gehrig (SP-Fraktionschef im Stadtparlament) bestritten. Anlass dazu ist die freiwillige Veröffentlichung der Interessenbindungen der SP-Fraktionsmitglieder, nachdem die Partei im Präsidium des Gemeinderates mit ihren Vorschlägen zur Offenlegung gescheitert ist (siehe Tagblatt vom 15. November).

Gründe für eine Offenlegung

Susanne Schmid erläutert, warum eine Offenlegung der Interessenbindungen grundsätzlich wichtig sei. Eine moderne Demokratie lebe von Offenheit und Transparenz. «Vetternwirtschaft» widerspreche dem Grundgedanken der Demokratie und sei entsprechend verpönt. Damit Missbrauch zu einem grossen Teil ausgeschlossen werden könne, sei es wichtig, dass die Öffentlichkeit über den beruflichen und sozialen Kontext informiert sei, in dem eine Gemeinderätin, ein Gemeinderat stehe. Es gelte, einen gangbaren Mittelweg



SP-Pressekonferenz über Interessenbindungen: Roland Gehrig, Gertrud Zweifel und Susanne Schmid.

Bild: Trix Niederau

zwischen dem Anspruch auf Öffentlichkeit und der Privatsphäre zu finden. Kantone wie zum Beispiel Graubünden oder Zürich hätten gezeigt, dass man mit vertretbarem Aufwand mehr Transparenz schaffen könne.

Für Roland Gehrig sind die derzeitigen Bestimmungen ungenügend: Zum einen achtet zurzeit der Gemeinderat bei der Bestellung seiner Kommissionen darauf, dass deren Tätigkeit nicht durch die Befangenheit von Mitgliedern beeinträchtigt wird. Zum anderen kann

ein Mitglied in den Ausstand treten, wenn es selber oder sein nächstes Umfeld ein unmittelbares privates Interesse am Beschluss des Gemeinderates hat.

Bündner Modell als Vorbild

Die SP fordert fürs Stadtparlament ein Modell zu Offenlegung von Interessenbindungen, wie es der Kanton Graubünden kennt. Ein öffentliches Register gibt dort über die Tätigkeiten der Kantonsräte Auskunft: Erstens über die berufliche Tätigkeit, zweitens über

die Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien, drittens über dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen für Interessengruppen. Änderungen werden am Anfang jedes Amtsjahres erhoben.

Die Publikation der Interessenbindungen der SP-Gemeinderatsmitglieder folgt jetzt weitgehend diesem Modell. Berufliche Stellung, öffentliche Ämter, Verwaltungsratsmandate und Mitgliedschaften der Fraktionsmitglieder werden offen gelegt. Die Angaben sollen jährlich überarbeitet wer-

den und im Internet abrufbar sein. Mit ihrer Offenlegung will die SP Druck auf die anderen Fraktionen machen, ihr dies gleichzutun.

Peinlichkeiten vermeiden?

Die Argumente aus dem bürgerlichen Lager, eine Offenlegung der Interessen sei unnötig, weil man sich im Gemeinderat kenne, sind für Gertrud Zweifel nicht stichhaltig. Sie ist der Ansicht, der Widerstand komme eher daher, weil eine Offenlegung für «gewisse Politiker» peinlich sein könnte.